TransInterQueer e.V.

Berliner Fachstelle für Trans*,
Inter* und nicht-binäre
Lebensweisen

Gürtelstr. 35
10247 Berlin
triq@transinterqueer.org

www.transinterqueer.org

TransInterQueer e.V., Gürtelstr. 35, 10247 Berlin

Maja T. – nicht-binäre Person in ungarischer Haft im Hungerstreik: Bundesregierung muss handeln!

Pressemitteilung vom 18.06.2025

Mitglied im Deutschen
Paritätischen
Wohlfahrtsverband (DPW)

Mitglied der International
Lesbian, Gay, Bisexual, Trans
and Intersex Association (ILGA)

Mitglied bei Transgender
Europe (TGEU)

Gefördert durch die
Berliner *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* (LADS)
innerhalb der Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung.

Maja T. ist am 5. Juni 2025 – vor nunmehr 13 Tagen – in ungarischer Haft in den Hungerstreik getreten, um auf die unwürdigen Haftbedingungen aufmerksam zu machen. Maja T. ist nicht-binär, befindet sich seit 11 Monaten faktisch in Isolationshaft und war rechtswidrig nach Ungarn ausgeliefert worden. Da Menschenrechte für nicht-binäre Menschen in Ungarn nicht gewährleistet sind, ist Maja T. einer lebensbedrohlichen Gefahr ausgesetzt.

Der Berliner Verein TransInterQueer e.V. forderte das Auswärtige Amt auf, sich jetzt diplomatisch für gerechte Haftbedingungen in Ungarn und für eine baldige Rücküberführung Maja T.s nach Deutschland einzusetzen. Versprechungen seitens der ungarischen Regierung, T. nach Abschluss des Verfahrens nach Deutschland zu überstellen, muss die Bundesregierung rechtssicher augenblicklich einfordern.

Dazu sagte **Yannik Reymann, Mitarbeiter von TransInterQueer e.V.**:

„Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Johann Wadephul müssen jetzt handeln, um Maja T. nach Deutschland zurückzuholen und bis dahin die Haftumstände zu verbessern. Die Haftbedingungen, von denen Maja T. berichtet, sind nicht akzeptabel – weder für nicht-binäre Personen noch für sonst irgendeinen Menschen. Der Hungerstreik zeigt, dass Maja T. gerade zu den letzten Mitteln greift, um auf die eigene unwürdige Situation in ungarischer Haft aufmerksam zu machen."

Für nicht-binäre Personen wie Maja T. sind in Ungarn die Menschenrechte nicht gewährleistet. Das kommentierte **Alex Stephan, Vorstandsmitglied von TransInterQueer e.V.**:

„Die queerfeindliche Politik der ungarischen Regierung zeigt sich auch in den Haftbedingungen und der Prozessführung gegen Maja T. Als Selbstvertretungsorganisation inter*, trans* und nicht-binärer Personen aus Berlin verurteilen wir die bisher unzureichende Initiative seitens der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes in diesem Fall."

Der Auslöser für den **Hungerstreik** von Maja T. waren laut eigener Aussage die menschenunwürdigen Haftbedingungen sowie die Ankündigung des Budapester Gerichts, einen Antrag über die Umwandlung

der bisherigen Untersuchungshaft in einen Hausarrest nicht zu entscheiden und stattdessen auf den 20. Juni 2025, auf kommenden Freitag, zu vertagen.

In einer **rechtswidrigen Auslieferung** war Maja T. im Juli 2024 den ungarischen Behörden in einer Blitzaktion überstellt worden – trotz eines Eilantrags an das Bundesverfassungsgericht. Im Februar dieses Jahres bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass diese Auslieferung rechtswidrig war. Es begründet dies insbesondere mit der unzureichenden Prüfung der Haftbedingungen in Ungarn und drohender Diskriminierung durch die ungarischen Behörden, der T. als nicht-binäre Person in Haft ausgesetzt ist.

Maja T. befindet sich unter **unwürdigen Haftbedigungen** seit 11 Monaten in Ungarn in Langzeit-Einzelhaft und verbringt 23 Stunden am Tag weitgehend isoliert von anderen Inhaftierten in einer eigenen Zelle. Was die ungarischen Behörden mit dem vermeintlichen Schutz der nicht-binären Person begründen, wird von Beobachter*innen als Isolationshaft mit menschenunwürdigen und zum Teil folterähnlichen Bedingungen gewertet. Bereits vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Auslieferung als rechtswidrig zu erklären, war durch T. selbst über große hygienische und gesundheitliche Mängel in den Haftbedingungen berichtet worden. Dies könnte für T. längerfristige physische sowie psychische Folgen nach sich ziehen. Seit Beginn des Verfahrens wird T. konsularisch von der deutschen Botschaft begleitet, die Haftbedingungen blieben jedoch bislang unverändert.

Die **Menschenrechte in Ungarn für nicht-binäre Menschen** sind nicht gegeben. Nach einer Verfassungsänderung im April 2025 werden nicht-binäre und intergeschlechtliche Existenzen rechtlich nicht mehr anerkannt und explizit aus dem Personenstandsrecht ausgeschlossen. Die Budapest Pride wurde jüngst verboten und den Teilnehmenden Strafen angedroht.

Die nächsten Prozesstage im laufenden **Gerichtsverfahren** sind – ungeachtet der körperlichen Verfassung von Maja T. im Zuge des Hungerstreiks – für den 18. und 20. Juni anberaumt. T. wird vorgeworfen, sich an Angriffen auf rechtsextreme Akteur*innen während einer Versammlung extrem rechter Gruppen in Budapest im Jahr 2023 beteiligt zu haben.

TransInterQueer e.V. ist eine Selbstvertretungsorganisation inter*, trans* und nicht-binärer Menschen aus Berlin. Der Verein setzt sich für ihre soziale Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe ein, für Akzeptanz und Vielfalt sowie für den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen, Tabuisierung, Pathologisierung und Exotisierung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen. Der Verein betreibt die Fachstelle TIN, die eine Anlaufstelle für die (Fach-)Öffentlichkeit ist, Peer-Beratung und Empowerment von und für trans*, inter* und nicht-binäre Personen anbietet und deren Sichtbarkeit und Teilhabe fördert.

Kontakt:
Yannik Reymann, Öffentlichkeitsarbeit – Tel.: +49-(0)30-76952515 – E-mail: presse@transinterqueer.org